Muhasa: 5 Kuruştur

ABONE

Dahil için: Aylık 1,75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.
Hariç için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R.M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzere.)

ILANAT

1. Sahifede: santimetresi 100 Kuruş
2. » » 75 »
3. » » 50 »
4. » » 30 »

Idarehane:
Tekke Cadesi No 585ve 587
Telgraf adresi: Turkpost
Telefon Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland 1 Monat 1 75 T Pfd 3 Monate 4.75 T Pfd 6 Monate 8 50 T Pfd, 12 Monate 15 T Pfd Ausland 1 Monat 5 R.-Mark 3 Monate 13 R.-Mark, 6 Monate 25 R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto Inserate 1 Seite 1 cm 100 Grusch 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch 4 Seite 30 Grusch

(INLANDSPREISE)

Geschäftsstellung
Tekke-Strasse Nr 585-587
Drahtanschrift Turkpost
Telefon Pera 209 u 210
Postfach Galata 209

5. Jahrgang Nr. 46 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Sonnabd, 15. Februar 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

Fransa deniz konferansına tekliflerini arzetmiştir.

Alman Reichstag meclisi Young planının birinci kıraatini bitirmiştir.

Frankreich hat der Flottenkonferenz seine Vorschläge unterbreitet.

Der Reichstag beendete die erste Lesung des Young Plans.

Vom Tage.

Trotz der gegenteiligen Behauptungen des Ministerpräsidenten beginnt in Griechenland immer mehr eine gewisse Ernüchterung über das Haager Ergebnis im allgemeinen und die Lösung der Ostreparationsfrage im besonderen Platz zu greifen. Für Weniselos, der sich bekanntlich in einer innenpolitisch schwierigen Lage befindet, kam es vor allem darauf an, aus dem Haag mit einem Erfolg nach Hause zu kommen, durch den er der immer aufsässiger werdenden Opposition den Mund stopfen konnte. Da dieser Erfolg ausgeblieben ist, muss sich der Ministerpräsident und seine Partei mit allen möglichen Mitteln bemühen, das Haager Ergebnis in einen griechischen Sieg auf der ganzen Linie umzufälschen. Auf die Dauer kann es bei einer derartigen Taktik natürlich nicht gut gehen.

So hat Weniselos kürzlich einen umfangreichen Rechenschaftsbericht der Kammer und dem Senat vorgelegt, in dem die Teilnahme Griechenlands am Weltkriege als ein ausgezeichnetes Geschäft bezeichnet wird. Die Reparationssummen und Kriegsentschädigungen die Griechenland erhalte, würden nicht nur ausreichen, um alle Schulden an die Entente zu bezahlen, sondern sicherten dem Staatsschatz darüber hinaus Einkünfte, die sich auf über sechs Milliarden Drachmen beliefen. Den Beweis für diese Behauptung hat der Ministerpräsident natürlich nicht erbringen können.

Das hindert natürlich nicht, dass die Oppositionspresse den wahren Sachverhalt unverblümt festnagelt. Dabei wird festgestellt, dass die Grossmächte im Haag sich den Löwenanteil an den deutschen Zahlungen gesichert hätten, während Griechenland von denselben Grossmächten nur einen Bruchteil der deutschen Reparationen zuerkannt bekommen habe und im übrigen auf die „faulen Zahler", die Tschechei, Ungarn und Bulgarien, verwiesen worden sei. Griechenland sei gar nicht in der Lage, auf diese Schuldner einen Druck auszuüben, wie es Frankreich gegenüber Deutschland könne, weil sich Armee und Flotte in einem unmöglichen Zustande befänden. Griechenland sei also auf das Wohlwollen seiner Nachbarn angewiesen, in deren Belieben die Zahlungen ständen, wobei sich unversehens die Lage auf dem Balkan gründlich verändern und Griechenland leer ausgehen könne. In Wahrheit sei Griechenland wirtschaftlich bereits eine englisch-amerikanische Kolonie, völlig seinen Grossgläubigern preisgegeben.

Diese Aeusserungen der Oppositionspresse, die in denkbar schärfstem Gegensatz zu dem Siegesgeschrei des Ministerpräsidenten stehen, machen natürlich den einfachen Bürger stutzig. Er sagt sich, wenn wir tatsächlich diesen Goldstrom zu erwarten haben, den der Ministerpräsident angekündigt hat, warum werden dann nicht die Steuern herabgesetzt und warum steigt der Lebenshaltungsindex täglich anstatt zu sinken? Weniselos hat noch keine befriedigende Auskunft auf diese Fragen geben können.

Kommunistische Krawalle in Darmstadt.

Berlin, 14. Febr. (A.A)

Die Kommunisten entfalten in ganz Deutschland in den letzten Tagen eine weitere starke Agitation. In die Fabrik von Rüsselsheim bei Darmstadt drangen 200 Kommunisten, die mit Automobilen dorthin kamen, ein und versuchten die Arbeiter zum Streiken zu bewegen. 400 Arbeiter schlossen sich der Bewegung an und terrorisierten darauf die auf ihrem Posten gebliebenen Arbeiter. Die Polizei umzingelte die Fabrik und verhaftete die Anführer der Kommunisten, darunter zwei Abgeordnete. Die Fabrik hat sofort ihre Tore geschlossen.

Die Handelsvertrags - Verhandlungen.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der Kammer Mustafa Scherif Bej ist gestern aus der Hauptstadt in Stambul eingetroffen. Mustafa Scherif Bej fungiert bekanntlich in der Delegation, die die Handelsvertragsverhandlungen mit den fremden Staaten zu führen hat, als zweiter Delegierter. Er erklärte den ihn erwartenden Pressevertretern, dass in Angora gegenwärtig die deutsch-türkischen Handelsvertrags-Verhandlungen vorgenommen würden. Es bestünde Hoffnung, dass diese Verhandlungen bald beendet sein würden. Danach kämen die Verhandlungen mit Polen und dann die mit Italien. Im Laufe von etwa 12 Monaten werde die Türkei mit allen in Frage kommenden Ländern neue Handelsverträge abgeschlossen haben.

Die Athener Beratungen.

Athen, 14. Februar (A.A.)

Im Auswärtigen Amt wird gegenwärtig der Bericht des griechischen Chefdelegierten in der Gemischten Austauschkommission, Phokas, geprüft. Die Beratungen beziehen sich in erster Linie auf die Frage der Ausgleichung der von den beiderseitigen Ausgetauschten verlorenen Vermögenskomplexe. Um zu diesem Punkte weitere Erklärungen zu geben, ist Phokas auch nach Athen berufen worden. Die griechische Regierung hat den Wunsch, die Erledigung der Angelegenheit so rasch wie möglich zu betreiben. Die letzten Instruktionen für den griechischen Gesandten in Ankara Polychroniades werden bis Montag ausgearbeitet und an diesem Tage bereits auf den Weg gebracht werden.

In der offiziösen Zeitung „Hestia" wird in einem Leitartikel der von der griechischen Regierung über die Rechte der türkischen Minderheit in Westthrakien ausgearbeitete Gesetzentwurf behandelt. Die Zeitung erklärt, dass der Entwurf den westthrakischen Türken völlige Freiheit bei allen Wahlen zu den Gemeindevertretungen, den Schulräten und ebenso bei den Muftiwahlen gewähre. Zweifellos werde die Durchführung dieses Gesetzes eine weitere Festigung der türkisch-griechischen Beziehungen bewirken.

Weniselos hat einer Reihe italienischer Journalisten einige interessante Erklärungen über die griechische Aussenpolitik und das griechisch-türkische Verhältnis abgegeben. Weniselos sagte, dass die griechische Politik völlig offen sei und aller Winkelzüge entbehre. Griechenland benutze jede Möglichkeit um die Differenzen mit seinen Nachbarstaaten so rasch wie möglich zu beendigen. Die Beziehungen zur Türkei seien durchaus normal; sie entwickelten sich weiter und besserten sich von Tag zu Tag. Nach der Erledigung der schwierigen Austauschfrage würden die beiden Länder sich weiter und sicherlich auch über die Flottenfrage verständigen.

Schweres Unwetter auf Sardinien.

Rom, 14. Febr. (A.A.)

Im Gefolge eines Orkans und einer partiellen Springflut sind in ganz Sardinien Ueberschwemmungen aufgetreten. Die Sachschäden sind enorm. Der Rio Mogara hat die Unterstadt von Terralbo überschwemmt; mehrere Häuser sind eingestürzt. Die Flüsse Battulle und Mannu sind ebenfalls über ihre Ufer getreten und haben alle Brücken fortgerissen. Mehrere Dörfer sind durch die Ueberschwemmungen isoliert, zahlreiche Häuser sind eingestürzt und überall sind die Felder schwer beschädigt worden. Besonders schwer haben die beiden Ortschaften Artabax und Lansu gelitten, wo sich Anschwemmungen von mehreren Metern Dicke ablagerten. Die faschistische Miliz auf Sardinien ist mobilisiert worden.

Der neue italienische Minister für öffentliche Arbeiten.

Rom, 14. Febr. (A.A.)

Zum Minister für öffentliche Arbeiten wurde Araldo Crolalan ernannt.

D.F.K.—„Maccabi" 2 : 0.

Das gestrige Wettspiel zwischen D.F.K. und „Maccabi" endete mit 2 : 0 für den D.F.K.

Die Londoner Flottenkonferenz.

Der französische Vorschlag.

London, 14. Februar.

Die französische Delegation zur Flottenkonferenz hat jetzt ihr Memorandum veröffentlicht. Darnach hat die französische Kriegsflotte gegenwärtig eine Gesamttonnage von 681.808 t. Frankreich ist bereit, der Aufrechterhaltung der in Washington verabredeten Flottenbauprogramme bis zum Jahre 1936 zuzustimmen. In diesem Jahre würde Frankreich 724.479 t Kriegsschiffe haben. Indessen würde Frankreich in den nächsten 6 Jahren insgesamt 240.000 t neue Kriegsschiffe bauen, wovon fast 200.000 t Ersatzschiffe sein würden. Diese Ersatzbauten seien schon seit einiger Zeit fällig. Frankreich habe bereits heute das Recht, 70.000 t neue Großkampfschiffe in Ersatz für die drei Schiffe „France", „Jean Bart" und „Courbet" zu bauen, habe aber dies bisher nicht getan. Nachdem jetzt aber ein neuer Schlachtschifftyp — dies wird als Hinweis auf das neue deutsche Kriegsschiff „Ersatz Preussen" betrachtet — erschienen sei, werde Frankreich einen Teil dieser 70.000 t, die ihm noch zuständen, bauen. Wenn mehr Schiffe des neuen Typs gebaut werden würden, so werde Frankreich bis 1936 die ganzen ihm noch zustehenden weiteren 70.000 t Kampfschiffe neu bauen.

Frankreich sei bereit, einem Verzicht auf Ersatzbauten bis zu insgesamt 105.000 t zuzustimmen. Das Memorandum regt an, dass die zum Ersatz gebauten Grosskampfschiffe höchstens 20.000 bis 25.000 t umfassen sollen. Indessen müsse jeder Beschluss der Konferenz in Zusammenhang mit entsprechenden Beschränkungen der Land- und Luftstreitkräfte gefasst werden.

Kurz vor dem französischen Memorandum sind auch die japanischen Vorschläge veröffentlicht worden. Japan erklärt sich bereit, bis zum Jahre 1933 überhaupt kein neues Großkampfschiff zu bauen. Japan stimmt weiter zu, den Umfang der Grosskampfschiffe von 35.000 t auf 25.000, sowie das Kaliber der Geschütze dieser Schiffe auf 11 Zoll herabzusetzen und die Lebensdauer der Schlachtschiffe auszudehnen. Bezüglich der U-Boote ist Japan bereit, der Abfassung eines strengen Reglements über den Gebrauch der U-Boote zuzustimmen, wünscht aber die Tonnage der U-Boote auf dem bisherigen Stande zu belassen.

Nachdem nun vier Mächte ihre Vorschläge veröffentlicht haben, stehen allein die italienischen Vorschläge aus. Wie die italienische Delegation erklärt, hat sie für den Augenblick nicht die Absicht, eine detaillierte Darlegung ihrer Ansprüche vorzulegen. Italien halte aber an dem Grundsatz der Flottengleichheit mit jeder Seemacht des Kontinents fest, obwohl augenblicklich nicht die Absicht bestehe, die italienische Flotte auf den Umfang und die Stärke der französischen Flotte zu bringen.

Protest gegen die Regierung Berenguer.

Madrid, 14. Februar.

Die Union General de Trabajadores, d. h. der Generalverband der spanischen Arbeiter und die sozialistische Partei haben ein Manifest gegen die neue Regierung erlassen, das an Schärfe nichts zu wünschen übrig lässt. Das Manifest behauptet, dass die Regierung des Generals Berenguer sich nicht grundlegend von der Primo de Riveras unterscheide. Vage Erklärungen, dass die durch die Verfassung gewährten Freiheiten wiederhergestellt werden sollten, genügen nicht. General Berenguer sei das Symbol des untergehenden Spaniens, des Spaniens der Zersetzung und des Dunkelmännertums. Demgegenüber gebe es ein anderes Spanien, in das die sozialistische Arbeiterschaft ihr volles Vertrauen setzt. Das Manifest ist unterschrieben von den bekannten Sozialdemokraten Julian Besteiro und Francisco Largo Caballero. Man darf die Bedeutung dieses Manifestes nicht überschätzen, da die organisierte sozialistische Partei in Spanien nicht sehr zahlreich ist und keine ausschlaggebende Rolle spielt. Man kann aber aus dem Manifest ersehen, dass die marxistischen Kreise in Spanien den Sturz Primo de Riveras und die in Aussicht gestellte Wiedereinführung parlamentarischer Verhältnisse für ihre eigenen Propagandazwecke benutzen wollen. Primo de Rivera hat mit den Arbeiterorganisationen in einem erträglichen Verhältnis gelebt, wenigstens haben sie ihm nie Hindernisse in den Weg gelegt. General Berenguer aber und seine Regierung können sich auf die Opposition der sozialistischen Kreise Spaniens gefasst machen. Die Wiederberufung des Professors Unamuno wurde von den früheren Diktaturgegnern zu einer grossen Demonstration benutzt. Unamuno versprach, alle Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, wobei er den Namen des Königs und seiner Prätorianer (Generalspartei) zu erwähnen wagte.

Gerüchte um die Pariser Sowjetbotschaft.

Paris, 13. Febr.

Von amtlicher Seite werden die in Umlauf gesetzten Gerüchte über die Verhaftung des zweiten Sekretärs der russischen Botschaft dementiert.

Der Polizeipräsident dementiert das Gerücht über die Verhaftung eines Funktionärs der Sowjets vor der russischen Botschaft und eine in derselben erfolgten Haussuchung.

Spanien unter dem neuen Regime.

Madrid, 14. Febr. (A.A.)

Aus Barcelona wird gemeldet, daß bei den dort am 11. Februar stattgehabten Zusammenstößen zwischen Studenten und Anhängern Primo de Riveras 5 Studenten verwundet wurden. Die Studenten verlangen die Abberufung des Zivilgouverneurs der Stadt binnen 24 Stunden und drohen im Falle der Nichterfüllung ihrer Forderung mit der Organisation eines Generalstreiks.

Unamuno ist gestern in Salamanca eingetroffen, wo ihm die Studenten und die Bevölkerung einen stürmischen Empfang bereiteten.

Ein Mitglied des Gemeinderates der Hauptstadt hat vor dem Finanzausschuß den früheren Diktator Primo de Rivera beschuldigt, daß er auf die 3.900.000 Peseten, die durch öffentliche Sammlungen aufgebracht und zur Stiftung eines Wohnhauses für den Exdiktator verwandt worden waren, die Gewinnsteuer nicht bezahlt habe.

Paris, 14. Febr.

Nachdem im Anschluß an den Sturz der Diktatur in Spanien eine gewisse Entspannung eingetreten war, mehren sich jetzt die Protesten gegen das frühere Regime, das sechs Jahre lang mit Erlassen seine Macht ausübte. In verschiedenen Lokalen wurden Anschläge mit der Unterschrift Primo de Riveras von den Wänden gerissen, und in zahlreichen Fällen mußte die Polizei einschreiten. Besondere Erbitterung hatte das von der Regierung Primo de Riveras eingeführte System ausgelöst, ohne Urteil Strafzahlungen zu verlangen. Millionen von Pesetas sind auf diese Weise Wohltätigkeitskassen zugeflossen. Die spanischen Zeitungen fordern die Eröffnung einer strengen Untersuchung, um die hierdurch zugefügten Schäden wieder gutzumachen.

Cholera-Epidemie in Indien.

London, 14. Februar.

Im Gebiet von Kumba Mela ist nach Meldungen aus Alahabad die Cholera ausgebrochen. Die Epidemie ist angesichts der vielen Tausenden von Pilgern die gegenwärtig die Badefestlichkeiten im Ganges besuchen, besonders gefährlich. Seit Anfang Februar sind etwa 100 Erkrankungen zu verzeichnen, von denen 42 tödlich verliefen. Die bakteriologischen Untersuchungen haben zur Auffindung des Cholera-Bazillus geführt. Von den Behörden sind umfangreiche Abwehrmassnahmen ergriffen worden.

Aus Deutschland.

Der Youngplan.

Berlin, 14. Februar (A.A.)

Der Reichstag hat die erste Lesung der Gesetzvorlage über den Youngplan beendet. Die Vorlage ist den Ausschüssen für die Auswärtigen Angelegenheiten und dem Staatshaushalt überwiesen worden. Die nächste Sitzung des Reichstages findet am kommenden Mittwoch statt.

Der Papstaufruf gegen Russland im Spiegel der deutschen Presse.

Berlin, 14. Februar.

Die „Vossische Zeitung schreibt zum Aufruf des Papstes gegen die russische Kirchenpolitik: „Hinter dem Aufruf des Papstes steht keine materielle Macht, und ihm werden keine Repressalien folgen. Er ist lediglich bezeichnend in moralischer Beziehung. Indessen ist dies die wichtigste aussenpolitische Aktion, die der Vatikan in letzter Zeit unternommen hat. Heute, wo in Russland der Fünfjahresplan an die Stelle der Bibel getreten ist, mag den Sowjets die Aktion des Vatikans gleichgültig erscheinen; darum ist diese Aktion für sie doch nicht weniger gefährlich, denn die römisch-katholische Kirche rechnet nicht in Perioden von fünf Jahren. Sie hat die Zeit auf ihrer Seite." Das Zentrumsblatt „Germania" schreibt, dass die bolschewistische Gefahr für Deutschland niemals so gross gewesen sei wie heute, da Moskau sein Zentrum der revolutionären Agitation in Westeuropa nach Berlin verlegt habe. Noch schlimmer sei das Anwachsen bolschewistischer Methoden und bolschewistischen Geistes im deutschen öffentlichen und wirtschaftlichen Leben. Die deutschnationale „Börsenzeitung" fordert das Zentrum auf, mit den Sozialdemokraten zu brechen, die in Wahrheit Kommunister seien.

Das „Wolff-Büro" bringt ein Telegramm aus Leningrad, wonach in den dortigen drei evangelischen Kirchen der Gottesdienst sich ungehindert vollziehe und entgegen anderen Meldungen Bischof Malmgreen und die anderen protestantischen Geistlichen unbelästigt geblieben sind.

Schlussurteil im Jorns-Prozess.

Berlin, 14. Februar.

Das Berufungsgericht hat im Prozess des Staatsanwalts Jorns gegen den Journalisten Joseph Bornstein, der den Staatsanwalt beschuldigt hatte, die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs begünstigt zu haben, sein Urteil gefällt. Bornstein ist zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, dass die Verurteilung nur aus technischen Gründen erfolgt sei, da der Angeklagte die Wahrheit seiner Behauptungen im wesentlichen bewiesen habe.

Berliner Börse am Freitag.

Berlin, 14. Februar.

Die Spekulation führte durch Deckungskäufe eine leichte Belebung des Marktes herbei, doch unterblieben neue Investionen weiter. Der Schluss war wieder schwächer.

Autostreik in Berlin.

Berlin, 14. Februar.

Der Streik der Berliner Autotaxi-Chauffeure hat sich nun auf 5000 Kraftwagen ausgedehnt. 4000 Kraftwagen, die von ihren Eigentümern selber gefahren werden, befinden sich noch im Verkehr.

Um die österreichische Nationalhymne.

Wien, 14. Februar.

Der Unterrichtsminister Srbyk hat beschlossen, daß in den österreichischen Schulen in Zukunft das deutsche Nationallied „Deutschland, Deutschland über alles!" als österreichische Nationalhymne zu betrachten ist.

Boxen.

Berlin, 14. Februar.

In den am Boxsport interessierten Kreisen beschäftigt man sich mit der Möglichkeit, im kommenden Monat vor Schmelings Abreise nach Amerika in Berlin einen Kampf zwischen Schmeling und dem Amerikaner Jim Maloney zu veranstalten.

Neues Statut der Völkerbundsbeamten?

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter)

Genf, Anfang Februar.

Unter der harmlosen Etikette einer Ausgestaltung des Beamtenstatuts behufs Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Völkerbundssekretariats werden gegenwärtig von einem geheim tagenden Sonderausschuss Dinge erörtert, die nichts mehr und nichts weniger als die Versteifung der englisch-französischen Vormachtstellung im Völkerbundssekretariat betreffen. Ausgangspunkt dieser Beratungen ist der Missmut und die Verstimmung, die seit einigen Jahren hauptsächlich bei den kleineren Völkerbundsstaaten anzutreffen ist. Vor zwei Jahren hatte der norwegische Kammerpräsident Hambro diesem Unmut in scharfen Worten vor der Völkerbundsversammlung Ausdruck gegeben und mit seiner generellen Kritik an der Tätigkeit des Generalsekretärs und der vier Untergeneralsekretäre, die er als die Genfer Botschafter der Grossmächte bezeichnete, eine Palastrevolution hervorgerufen, während deren Sir Eric Drummond sogar mit seiner Demission drohte. Diese scharfe Kritik hatte aber im wesentlichen der grundsätzlichen Frage gegolten, es sollte der Völkerbundsbeamte mit seinem internationalen Charakter erst in zweiter Linie im Dienst nationaler Interessen seines Landes tätig sein, nicht aber umgekehrt. Gleichzeitig hatte Hambro die Frage einer gerechteren Verteilung der Beamtenposten unter die Völkerbundsstaaten aufgeworfen. In die gleiche Kerbe hieb in der letzten Völkerbundsversammlung der ungarische Vertreter Hevessy, der in geradezu sensationeller Weise die Geheimpolitik des Völkerbundssekretariats an den Pranger stellte, und zur Zerreissung dieses Netzes der Geheimdiplomatie ebenfalls eine bessere und gleichmässige Berücksichtigung der Allgemeinheit der Völkerbundsstaaten bei Besetzung der Beamtenposten verlangte. Hand in Hand mit diesen Forderungen gingen sozusagen sozialpolitische Wünsche betreffend die Verbesserung der Beförderungsverhältnisse und die Einrichtung einer Pensionskasse.

Die Aufwerfung des weitschichtigen Gesamtproblems der Umgestaltung des Völkerbundssekretariats kann am Ende einer ersten zehnjährigen Etappe und ihrer Erfahrungen nicht überraschen. Soweit es sich um die materielle Besserstellung des unteren und mittleren Beamten und seiner Beförderungsmöglichkeiten handelt, hatte der Sonderausschuss, in dem Deutschland durch Graf Bernstorff vertreten ist, keine besonderen Schwierigkeiten zu überwinden. Man ist bereit, diesen Beamten künftig nicht nur siebenjährige Verträge, sondern ein Anstellungsverhältnis zu geben, das praktisch Anstellung auf Lebensdauer bedeutet. Dagegen bestehen in der Frage der Rekrutierung des Personals und besonders für die leitenden Stellen beträchtliche Gegensätze. Nach der Auffassung, die Prälat Kaas im September vorigen Jahres vor dem entsprechenden Versammlungsausschuss vorgetragen hat, sollte eine Erstarrung der massgebenden leitenden Schicht, die nicht nur die obersten Spitzen des Sekretariats umfasst, im Interesse der Wirksamkeit des Völkerbundes vermieden werden. Eine planmässige Auffrischung durch Aufnahme neuer geeigneter Kräfte und Rückgabe gründlicher Kenner des Sekretariats an ihre Heimatbehörden könnte nur günstige Wirkungen haben, vor allem durch die damit bedingte Erweiterung der Kenntnis über die praktischen Möglichkeiten und die Funktion des Sekretariats. Andere Bestrebungen wollen aber von einer derart herbeigeführten Erneuerung und in Gang erhaltenen Belebung des ideellen und politischen Kräftespiels nichts wissen und gehen auf weitgehende Erhaltung oder weitere Festigung ihrer im ersten Jahrzehnt im Völkerbundssekretariat geschaffenen Positionen aus.